

Posener Zeitung.

Achtzigster Jahrgang.

Sonntag, 3. März

(Erscheint täglich drei Mal.)

Annoncen-Annahme-Bureau
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.)
bei C. F. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei T. Strickland,
in Breslau b. Emil Kabatz.

Annoncen-Annahme-Bureau
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. T. Danne & Co.,
Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Göttingen beim „Invalidendank“.

Nr. 157.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4/8 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 4/8. Befellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1877.

Am t l i c h e s.

Berlin, 2. März. Der König hat dem Superint. a. D., Pfarver Roth zu Bochum im Kreise Nitterbog-Ludenwalde, den R. A. Dr. 3. Kl. mit der Schleife; dem Strafanstalts-Direktor Zillig zu Forth im Kreise Bromberg den R. A. Dr. 3. Kl. verliehen; dem Ober-Ger. Rath Mertens in Hameln zum Appell-Ger. Rath bei dem Appell-Ger. in Celle; und den Reg.-Assessor Frhrn. v. Nichtebojen zum Landrath des Kreises Ottweiler ernannt.

Der Kammerger. Rath Detmann ist gestorben. Versetzt sind: der Kreisger. Rath Döring in Meyenburg an das Kreisger. in Brandenburg, mit der Funktion als Dirigent der Gerichts-Deputation in Rathenow, der Kreisrichter Kleinde in Bennedissen an das Kreisger. in Halberstadt, mit der Funktion als Ger.-Kommissar in Niesersleben, der Kreisrichter Damm in Schubin an das Kreisger. in Potoschin, mit der Funktion als Ger.-Kommissar in Reichmin, der Kreisrichter Wenzel in Preßsch an die Gerichts-Kommission in Schmiedeberg, Kreisger.-Bez. Wittenberg, der Kreisrichter v. Gersdorff in Düben an das Kreisger. in Gubrau, der Amtsrichter Mühl in Moritz an das Amtsgericht in Segeberg, der Amtsrichter Münchmeyer in Walsrode an das Amtsger. in Reinhausen, der Amtsrichter Nisch in Weener an das Amtsger. in Bodenem, der Amtsrichter Bödiker in Osten an das Amtsger. in Hoya und der Amtsrichter Grammer in Bremerbrücke an das Amtsger. in Lingen.

Zu Kreisrichtern sind ernannt: der Ger.-Ass. Niedick bei dem Kreisger. in Bochum, der Ger.-Ass. von dem Kneesebeck bei dem Kreisger. in Guben, mit der Funktion als Ger.-Kommissar in Kirtenberg a. D., der Ger.-Ass. Rosenbaum bei dem Kreisger. in Lublinz und der Ger.-Ass. Soenderoy bei dem Kreisger. in Greifenberg i. P., mit der Funktion als Ger.-Kommissar in Treptow a. N. Zu Amtsrichtern sind ernannt: der Ger.-Ass. Dr. Schlüter bei dem Amtsger. in Calenberg, der Ger.-Ass. Göhring bei dem Amtsger. in Gieboldehausen, der Ger.-Ass. Grotschupf bei dem Amtsger. in Osten, der Ger.-Assessor von Neden bei dem Amtsger. in Bremerbrücke und der Gerichts-Assessor Leonhard bei dem Amtsgericht in Walsrode. — Dem Kreisrichter v. Barnekow in Spremberg ist, behufs Uebertritts zur allgemeinen Staatsverwaltung, die Entlassung aus dem Justizdienst erteilt. Der Kreisrichter v. Spodhoff in Schrodah ist in Folge rechtskräftigen Disziplinar-Erkenntnisses aus dem Dienst entlassen. Der Amtsrichter Henle in Calenberg ist zum Oberger.-Ass. bei dem Oberger. in Hameln und der Amtsrichter Bistor in Neuenhans zum Oberger.-Ass. bei dem Oberger. in Hildesheim ernannt. Der Staatsanwalts-Gehilfe Frank in Kößel ist in gleicher Amtseigenschaft an die Staatsanwaltschaft der Kreisger. in Neidenburg und Allenstein, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Neidenburg versetzt.

Deutscher Reichstag.

4. Sitzung.

Berlin, 2. März, 12 Uhr. Am Regierungstisch: Reichskanzler-Präsident Staatsminister Hofmann.

Der Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 12 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Die Kommissionen haben sich konstituiert. Die Kommission zur Vorberatung des Gesetzentwurfs, betreffend die Untersuchung von Seemanns-Verbrechen, hat zu Vorsitzenden gewählt die Abgg. Dr. Rapp und Dr. Meyer.

Auf Antrag des Abg. Reichensperger (Krefeld) beschließt das Haus, die Budgetkommission zur Verathung des Reichshaushaltsplans um 7 Mitglieder zu vermehren, also auf die Zahl von 28 zu bringen. Eingegangen ist der Gesetzentwurf, betreffend die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reichs, ferner ein Schreiben des Reichskanzlers, betreffend die in Fabriken beschäftigten Arbeiterfrauen. Der Reichskanzler legt dem Hause zwei Denkschriften über diese Materie vor.

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein.

1) Erste Verathung:
A. der Uebersicht der ordentlichen Ausgaben und Einnahmen des deutschen Reichs für das Jahr 1875, und
B. der Uebersicht der außerordentlichen außerordentlichen Ausgaben und Einnahmen, welche durch den Krieg gegen Frankreich veranlaßt sind oder mit demselben in Zusammenhang stehen, für das Jahr 1875.

Abg. Richter (Hagen) erklärt, daß für die Etatsverathung diese Uebersicht einen verhältnismäßig geringen Werth habe. Es scheint ihm notwendig, daß die Uebersicht vervollständigt werde noch vor Etatsverathung auch auf die Periode des Jahres 1876, obwohl, wie er selbst weiß, die Kasse des Rechnungshofes erst später abschließen. Er halte sich verpflichtet, auf diesen Mangel hinzuweisen mit Rücksicht auf die knappe Zeit, die für die Etatsverathung gelassen. Die dem Hause vorgelegte Uebersicht sei nicht geeignet, ein klares Bild zu geben von dem Bestande der französischen Kriegskontribution. Redner bekämpft besonders das Verfahren der württembergischen Regierung, welche bei der Militärverwaltung Ersparnisse mache, ohne sie dem Reiche abzuliefern. Er bitte schließlich, die Vorlage an eine Rechnungs-Kommission von 7 Mitgliedern zu verweisen.

Präsident des Reichskanzlers, Staatsminister Hofmann: Es scheint mir, als ob der Abg. Richter hier Ansprüche erhoben habe, wie sie überhaupt nicht befriedigt werden können. Wenn er eine vollständige Uebersicht über die französische Kriegskostenentschädigung, wenn er eine Uebersicht über die bei der Kriegsverwaltung etwa vorhandenen Beträge verlangt, so wird sich ja, wenn der Reichshaushaltssatz zur Verathung kommt, erwägen lassen, inwieweit diesem Verlangen Rechnung zu tragen ist. Die Uebersicht ist im Uebbrigen in derselben Weise aufgestellt worden, wie in den früheren Jahren. Der Herr Abgeordnete ist besonders eingegangen auf die Frage, ob die württembergische Regierung berechtigt sei, auch jetzt noch Ersparnisse bei der Militärverwaltung zu machen, oder ob sie nicht die Ersparnisse dem Reiche abzuliefern habe. Die Staatsregierung hat diese Frage bereits in ernster Erwägung gezogen und ich hoffe, es wird in dieser Beziehung bald eine Einigung erzielt sein. (Beifall.)

Abgeordneter Richter (Hagen) freut sich, aus den Erklärungen des Präsidenten zu entnehmen, daß auch bereits die Regierung die Aufmerksamkeit auf das Verhältniß zu Württemberg gerichtet habe.

Abg. Richter will auf die Frage nicht näher eingehen und schließt sich dem Antrag Richter an.

Der Antrag Richter, die Vorlage an eine besondere Kommission von sieben Mitgliedern zu verweisen, wird hierauf angenommen.

Es folgt der mündliche Bericht der 1. Abtheilung, betreffend die Wahl des Abgeordneten Dr. Kraaz im zweiten Wahlkreise des Herzogthums Anhalt.

Berichterstatler Abg. von Kehler beantragt Namens der

Wahlkommission, dem Reichskanzler das Protokoll bezüglich der Wahl mit der Aufforderung zugehen zu lassen in Betreff der darin behaupteten Thatsachen die Feststellung derselben eventuell die Rettifizierung der theilhaftigen Beamten zu veranlassen, auch den Reichstag von dem Resultate in Kenntniß zu setzen.

Das Haus schließt sich mit großer Majorität dem Antrage an. Dritter Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht der 3. Abtheilung, betreffend die Wahl des Abg. Grafen Chamare im 13. Wahlbezirke des Regierungsbezirks Breslau.

Berichterstatler Abg. Vents begründet Namens der Abtheilung folgenden Antrag: Der Reichstag wolle beschließen: die bezüglich der Wahl im 13. Wahlkreise des Regierungsbezirks Breslau am 26. Februar d. J. hier eingegangene Eingabe aus dem Wahlbezirk Jollmersdorf, betreffend die Beeinträchtigung der Wahlfreiheit durch den Ortsvorsteher zu Jollmersdorf, dem Herrn Reichskanzler zu übergeben zur Veranlassung einer Untersuchung und event. einer Rettifizierung des gedachten Ortsvorstehers.

Das Haus schließt sich in seiner Mehrheit diesem Antrage an. Es folgt der letzte Gegenstand der Tagesordnung: Erste Verathung des Entwurfs eines Patentgesetzes.

Abg. Ackermann begrüßt den Entwurf mit Freuden, weil man dadurch im Stande sein werde, die Schäden schlechter Theorien zu heilen. Heutzutage denke Niemand mehr daran, für die durch die Verfassung vorgesehene Regelung des Patentgesetzes sich das Rezept aus der Manchester-Schule zu verschaffen. Das Haus habe die Pflicht, Deutschland, der Heimath der Denker, das Kapital der Erfindungen zuzuführen. Er bittet schließlich die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen, weil man es hier mit hochwichtigen Fragen der Industrie zu thun habe. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Braun: Die Erörterungen des Vorredners haben gar nicht den Gegenstand erschöpft, nicht einmal gründlich berührt. Selbst unter denjenigen, welche einig sind über die Möglichkeit des Patentschutzes, bestehen die weitgehenden Differenzen darüber, wie man das Problem lösen solle. Ob man das englische Anmeldeverfahren oder das Prüfungsverfahren annehmen solle, darüber sei man im Zweifel, denn Beides habe seine Mängel. Bis jetzt sei es noch nicht gelungen, einen Patentschutz durchzuführen. Er glaube nicht, daß der Abg. Ackermann die Debatte sehr glücklich eingeleitet habe. Er halte es für eine sehr verwerfliche Taktik, wenn man von vornherein mit Schlagwörtern wie Manchesterpolitik um sich werfe, wenn man solche abgegriffene Tiraden gegen eine Schule erhebe, die man gar nicht recht kenne. (Heiterkeit und Widerspruch.)

Präsident v. Forckenbeck glaubt diese Aeußerungen für unparlamentarisch erklären zu müssen.

Abg. Dr. Braun (fortfahrend). Er beneide den Herrn um die Prophetengabe, die hier gar nicht am Plage zu sein scheint. Wenn man auch das Gefühl habe, eine Cassandra zu sein, so sollte man wenigstens in diesem Augenblick keinen Gebrauch davon machen. (Heiterkeit.) Redner kritisiert noch in einigen Sätzen die Thronrede und meint, sie konfirmire das gegenwärtige System.

Abg. v. Kardorff: Ich will, meine Herrn, mit dem Herrn Vorredner nicht darüber rechten, ob der Herr Abg. Ackermann wohl gethan hat, von einem Bruch mit dem bisherigen wirtschaftlichen System bei diesem Gesetze zu sprechen, aber das muß ich doch dem Herrn Vorredner erwidern, daß diejenige Richtung, gegen deren Nennung er sich heute mit dem Namen Manchester-Schule verwahrt, von der man doch ungefähr in unserem deutschen Vaterlande weiß, was sie erzielt, auf das Kräftigste seit langen Jahren gegen die Aenderung unserer Patentgesetzgebung angekämpft hat, und zwar aus denjenigen Prinzipien der sogenannten wirtschaftlichen Freiheit, welches der Herr Vorredner noch eben zu vertreten gesucht hat. Wenn der Herr Vorredner weiter gemeint hat, man müßte gerade in diesem Augenblicke, wo die wichtige Verhandlung über den Abschluß neuer Handelsverträge mit unseren Nachbarstaaten schwebt, sehr bedenklich sein, solche Reden zu führen, wie sie der Herr Abg. Ackermann geführt hat, so muß ich doch sagen, bezüglich des Verhältnisses zu unseren Nachbarstaaten haben uns die Herren von der wirtschaftlichen Partei des Herrn Abg. Braun immer gesagt, wenn wir nur das und das thun, so werden die Nachbarstaaten uns sofort auf dem Wege nachfolgen, den wir ihnen gezeigt haben. Das Gegentheil davon ist bisher eingetroffen. Ich glaube also, eine so große Gefahr besteht wirklich für diese Verhandlungen nicht darin, wenn der Abg. Ackermann von einem Bruch mit dem bisherigen wirtschaftlichen System gesprochen hat. Auf die Interpretation der Thronrede, wie sie der Abg. Braun soeben zu geben versucht hat, will ich nicht weiter eingehen; ich halte sie ebenfalls nicht für richtig, glaube aber wohl, daß hier nicht der Ort ist, auf solche Erörterungen einzugehen. In einem Punkte bin ich mit Herrn Ackermann nicht einverstanden. Er hat beantragt, das Gesetz an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen. Ich möchte bitten, eine Kommission von 14 Mitgliedern zu beschließen. Ich glaube in der That, daß es nicht so sehr Viele sind, die sich für diese Frage der Patentgesetzgebung so ernsthaft interessieren. (Ob!) Ich lasse mich ja sehr gern belehren darüber und würde auch nichts gegen eine Kommission von 21 Mitgliedern haben, aber da wir für eine Zusammenfassung der Kommission von 21 Mitgliedern, wie mir scheint, größere Schwierigkeiten begegnen, als bei einer von 14 Mitgliedern, so beantrage ich die letztere.

Abg. Dr. Braun bemerkt, daß die jetzt bestehende Patentgesetzgebung den Beifall der öffentlichen Meinung nicht habe; er sei für den Erlaß eines neuen Patentgesetzes. Was aber die Frage der Handelsverträge anlangt, so wolle er vor allen Dingen sich die Vortheile nicht verschmerzen, die durch die Handelsverträge eröffnet worden sind. Er liebe mehr das Sichere, als die Tauben auf dem Dache, nach welchen der Abgeordnete von Kardorff schießen zu wollen scheint.

Abg. Ackermann berichtet einige von dem Abg. Braun falsch verstandene Aeußerungen und beharrt dabei, den Gegenstand an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. Richter (Hagen): Ich bin Freihändler und Gegner dieses Patentgesetzes; der Abg. Braun ist Freihändler und für das Patentgesetz. Beide Richtungen sind also — von dem unklaren Begriffe Manchester-Schule sehe ich ganz ab — durchaus nicht identisch. Auch ich will den Erfinder belohnen, bestreite aber, daß das Patent ihm diesen Lohn giebt und sein Werth im Verhältniß zu den dadurch verursachten Beschränkungen des Marktes steht. Solche Zweckmäßigkeitsfrage hat mit dem Prinzip, Freihandel oder Schutz Zoll, nichts gemein. Wer das Gegentheil behauptet, hat entweder die Freihandelsfrage oder die Patentfrage noch nicht begriffen. Auch für Muster- und Markenschutzgesetz war man sehr begeistert, bis jetzt aber sind, wenigstens durch den Markenschutz nur die Prozesse vermehrt worden. Die Erwartungen der Industrie haben sich nicht erfüllt. Heute ist Selbstbemühen der Schutzgüter am wenigsten angebracht, weil gerade gestern Abend die amtliche Statistik konstatirt hat, daß die Einfuhr der vom Zoll befreiten Eisensorten in diesem Monat

noch nicht die Ausfuhr aus Deutschland in demselben Sinne erreicht hat. Die Einfuhr beträgt 416.000 Ztr., die Ausfuhr mehr als 500.000 Ztr. Dabei ist der erste Monat nach der Zollaufhebung naturgemäß für die Einfuhr der günstigste. An ganz groben Eisenwaren, auf welche das Ausgleichsabgabengesetz angewandt war, sind sogar nur 27.000 Ztr. eingeführt. Dieses Gesetz würde also in dieser Beziehung nur einen finanziellen Effekt von 200.000 Mark jährlich gehabt haben. Statt hiernach in der Vertretung der bisherigen Richtung vorsichtiger zu sein, sucht man dieselbe schärfer zum Ausdruck zu bringen. Das ist doppelt ungerechtfertigt in einer Materie, wozu die Frage gar nicht gehört. (Beifall links.)

Abg. v. Kardorff: Gegenüber denjenigen statistischen Zahlen, welche der Abg. Richter uns vorzuführen versucht hat, möchte ich doch nur darauf aufmerksam machen: Wie weit haben wir denn heute, nachdem die Zölle aufgehoben sind, überhaupt noch eine zuverlässige Statistik? Wir erheben nicht wie in England, Kontrollabgaben. Dasjenige was durch Eisenbahnen ausgeführt wird, können wir allenfalls noch kontrolliren, dasjenige, was zur See ausgeführt wird, heute fast gar nicht mehr. Also alle die Zahlen, die der Abgeordnete Richter jetzt uns bringt, bezüglich deren ich nur bemerke, daß der Import des Eisens im Jahre noch sehr wesentlich davon abhängt, wie weit die Schifffahrt auf ist und wie weit sie mit Eisenbeschwert ist, alle diese Zahlen haben gar keinen Werth. Ich will auf diese Handelsfragen nicht weiter eingehen. Darin gebe ich dem Abg. Richter Recht, daß sie mit der Patentfrage an sich nicht zusammenhängt. (Bravo links.) Bezüglich der Patentfrage muß ich doch noch etwas hervorheben, da der Abg. Richter sich offen als einen prinzipiellen Gegner des Patentsystems überhaupt gezeigt hat. Er hat gemeint, wir müssen nicht so zuversichtlich sein; denn das Markenschutzgesetz hätte auch keine günstigen Erfahrungen bisher geliefert. Nun ist die Zeit seit Emanation des Markenschutzgesetzes so kurz, daß ich eine solche Schlussfolgerung mindestens für gewagt halten möchte. Was die Patentgesetzgebung aber anlangt, so glaube ich, wird der Abg. Richter wohl nicht leugnen können, daß das Erfindungswesen das Fortschreiten in den einzelnen Industrien durch sinnreiche Erfindungen in England, Amerika, Frankreich, kurz in den Ländern wo eine strengere Patentgesetzgebung besteht und wirksam ist, in weit höherem Maße stattgefunden hat, als bisher in Deutschland, und ich möchte dabei namentlich auf Eisen hinweisen. Meine Herren, namentlich in Amerika ist es sehr häufig, daß einzelne einfache Arbeiter in der bestimmten Industriebranche, in welcher sie beschäftigt sind, eine sinnige Erfindung machen, die es ermöglicht, das Fabrikat billiger, besser herzustellen, als es bisher hergestellt werden konnte. Macht heute bei uns ein Arbeiter eine solche Erfindung, so ist dieselbe für ihn ziemlich werthlos. In Amerika ist er mit einer solchen Erfindung mit einem Schlage über die Noth des Lebens hinweggehoben. (Widerspruch.) Meine Herren! Das hat immer einen außerordentlichen Einfluß auf den gesamten Arbeiterstand, und dieser Einfluß macht sich in Amerika nach allen Berichten, die wir von dort haben, im höchsten Maße geltend. Darin sehe ich einen Hauptvortheil jeder gerechteren und strengeren Patentgesetzgebung, wie sie das jetzt uns vorliegende Patentgesetz anstrebt. (Bravo rechts.)

Nach einer nochmaligen Erwiderung des Abg. Richter (Hagen) wird der Gesetzentwurf schließlich dem Antrage des Abg. Ackermann gemäß an eine Kommission von 21 Mitgliedern zur Vorberatung überwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nach Festsetzung der Tagesordnung, welche aus Verathung von Anträgen der Sozialdemokraten, betreffend die Einstellung von schwedischen Verfabren gegen sozialdemokratische Abgeordnete, ferner aus der Wahl von Kommissionsmitgliedern und endlich aus der 1. und 2. Verathung des Gesetzes über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reichs besteht, entspinnt sich eine längere Debatte zur Geschäftsordnung über die Wahl des nächsten Sitzungstages.

Präsident v. Forckenbeck schlägt hierzu den nächsten Dienstag vor. Abg. Hanel, nachdem er durch den Präsidenten hat konstatiren lassen, daß der Etat vollständig frühestens am Sonntag vorgelegt werden kann, beschwert sich gegen den Bundesrath, der den Reichstag am mindestens zehn Tage zu früh einberufen habe. Es sei dies eine Rücksichtslosigkeit und der Präsident möge nun von der bloß formellen Sitzung am Dienstag absehen und die nächste Plenarsitzung auf Donnerstag anberaumen, damit die Mitglieder bis dahin Zeit hätten, ihren eigenen Geschäften nachzugehen.

Präsident des Reichskanzlers, Staatsminister Hofmann: Die Verzögerung der Vorlegung des Etats, die von meiner Seite so lebhaft bedauert wird, wie von Ihrer Seite, hatte im Wesentlichen darin ihren Grund, daß alle Kräfte, die dabei theilhaftig waren, in Anspruch genommen waren. Die Zeit zwischen dem Beschluß der letzten und dem Anfang der gegenwärtigen Session ist zu kurz gewesen, nur der außerordentlichen Anstrengung gelang es, bis Anfang Februar die Arbeiten so weit zu fördern, daß man damals hoffen konnte, es würde möglich sein, die sämtlichen Etats in 3 Wochen festzustellen. Dies sei auch gelungen. Was den Militäretat betrifft, so haben sich die Verzögerungen hauptsächlich durch den Druck dieses komplizierten Werkes ergeben. Mit der Berufung des Reichstages so lange zu warten, bis die Etats fertig gestellt sind, ging nicht an. Man muß eben im Voraus einen Termin bestimmen, zumal noch in der letzten Session der Wunsch ausgesprochen wurde, es möchte die Berufung frühzeitig geschehen. Ich hoffe, daß das Haus den großen Vorwurf der Rücksichtslosigkeit nicht wird gelten lassen und beschäme, daß solche Verzögerungen, wie solche Schwierigkeiten in Zukunft nicht mehr vorkommen werden.

Abgeordneter Dr. Lucius (Erfurt) stimmt damit überein, daß die Zusammenstellung des Etats in der kurzen Zeit sehr schwierig gewesen sei. Allein die Konsequenz davon wäre gewesen, der Reichstag 8—10 Tage später zu berufen. (Sehr richtig.)

In der Sache selbst schließt ich mich dem Abg. Hanel an und bitte, die nächste Plenarsitzung auf nächsten Donnerstag festzusetzen. Dagegen möchte ich fragen, ob es sich nicht empfiehlt, die Wahl der Kommissionen in den Abtheilungen schon heute vorzunehmen.

Nachdem der Abgeordnete Richter (Hagen) sich ebenfalls für den Donnerstag ausgesprochen hat, entscheidet das Haus schließlich demgemäß und findet also die nächste Plenarsitzung am kommenden Donnerstag Vormittags 11 Uhr statt. Schluß 3 Uhr.

Vom Landtage.

14. Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 2. März. Am Ministertische: Justizminister Dr. Leonhardt, Kultusminister Dr. Falk, Handelsminister Dr. Achenbach; später: Vizepräsident des Staats-Ministeriums, Finanzminister Camphausen.

Präsident Herzog von Ratibor eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Kommission für den Staatshaushaltsetat über den Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung des Staatshaushaltsetats für das Jahr vom 1. April 1877/78.

Referent Herr Wilkens begründet und empfiehlt folgende Anträge der Kommission:

1. den Staatshaushaltsetat für das Jahr vom 1. April 1877 bis dahin 1878 in der Fassung, in welcher derselbe aus den Beratungen des Hauses der Abgeordneten hervorgegangen ist, anzunehmen;

2. dem Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung des Staatshaushaltsetats für das Jahr vom 1. April 1877 bis dahin 1878 in der Fassung, welche derselbe im Hause der Abgeordneten erhalten hat, die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen;

3. über die Petitionen des Friedrich Wilhelm Ernst, Prinzen von Hessen (Philippsthal-Barchfeld Linie), vom 12. und 22. Januar d. J. wegen der Ansprüche der Agnaten der jüngeren Linie des Kurhauses Hessen zur Tagesordnung überzugehen;

4. die königliche Staatsregierung aufzufordern, in der nächsten Session den Landtage die in Aussicht gestellten Gesetzentwürfe über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung vorzulegen und auf eine wesentliche Verminderung der allgemeinen Verwaltungskosten Bedacht zu nehmen;

5. die königliche Staatsregierung zu ersuchen, ihren Einfluss bei der Reichsregierung dahin geltend zu machen, daß die Matrifularbeiträge der Einzelstaaten, soweit thunlich, durch eigene Einnahmen des Reiches aus indirekten Steuern ersetzt werden.

Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode bedauert die Zwangslage, in der sich das Herrenhaus wiederum dem Etat gegenüber befindet. Daß so das Budget-Recht dieses hohen Hauses veräußert werde — daran sei nicht die Staatsregierung, nicht das andere Haus, sondern eine Partei im Abgeordnetenhaus Schuld, die durch ihr Verhalten die Beratung verschlept habe. Schließlich beantragt Redner, der Resolution folgenden Zusatz als zweiten Absatz zu geben: „Die durch die Verminderung oder Beseitigung der Matrifularbeiträge im preussischen Staatshaushaltsetat sich eventuell ergebenden Ueberschüsse zu einer Erhöhung der den Provinzialen, beziehungsweise Kreis- und Kommunal-Verbänden, gewährten Dotation, zu verwenden.“

Graf Brühl findet es ungerechtfertigt, wenn ein Redner aus diesem Hause einer großen Partei im anderen Hause einen solchen Vorwurf, wie man gehört, machen könne. Hätte die Partei im anderen Hause nicht geschäftsordnungsmäßig verfahren, so würde sie vom Präsidenten jenes Hauses, hätte sie nicht verfassungsmäßig gehandelt, würde sie wohl von den Vertretern der Regierung reprimiert worden sein. Habe sie aber ein nach der Verfassung ihr zustehendes Recht ausgeübt, so könne ihr überhaupt kein Vorwurf gemacht werden. — Im Uebrigen bittet Redner, den Antrag der Kommission abzulehnen. Er könne sich nicht entschließen, einen Etat zu genehmigen, in dem für einen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten 18,000 Mk. ausgeworfen wären.

Präsident Herzog v. Ratibor erklärt dem Vorredner, daß er in den Aeußerungen des Grafen Udo zu Stolberg eine Zurechtweisung nicht habe entdecken können, sondern nur den Ausdruck des Bedauerns, den der Graf Udo zu Stolberg über ein Faktum ausgesprochen hat, das nun einmal nicht abzuleugnen sei. (Sehr richtig. Bravo.)

Graf Udo zu Stolberg schließt sich der Aeußerung des Präsidenten an.

Herr Hasselbach widerlegt einzelne Ausführungen des Grafen Brühl, man dürfe einen Staatshaushaltsetat nicht ablehnen, weil ein oder ein anderer Posten nicht gefalle. Redner begründet sodann die Anträge der Kommission sehr eingehend und bittet um ihre Annahme. Denn das sei dringend nöthig, daß vom Hause offen ausgesprochen werde, daß es zwar auch eine Vermehrung der Einnahmen wünsche, daß diese Vermehrung aber nicht durch direkte Steuern erzielt würde. Was die Verminderung der Ausgaben betreffe, so sei diese nicht nur im Allgemeinen wünschenswerth, sondern dringend zu empfehlen, Sparfamkeit im Eisenbahnwesen und eine Verminderung des Beamtenpersonals.

Finanzminister Camphausen: Den Klagen, die von einigen Seiten vorgetragen, zu begegnen, würde es genügen, ein kleines Bild von dem zu geben, wie wir früher standen und heute stehen. Die Einnahmen im Etat für das Jahr 1870, die bekanntlich 1869 aufgestellt sind, waren veranschlagt auf 504 Mill. Die Einnahmen für 1877/78 haben auf 651 Mill., also um 147 Mill. mehr als im Jahre 1870 veranschlagt werden können, obwohl uns während dieser Zeit sehr bedeutende Einnahmen, wie die aus der preussischen Bank, aus der Ermäßigung verschiedener Steuern entgangen sind. Was die Ausgaben betrifft, so sind die Zwecke des Staats bedeutend erweitert, aber obwohl für manche frühere vernachlässigte Seiten der Staatsverwaltung bedeutend höhere Summen bewilligt sind, so übertreffen die Ausgaben von 1870 die veranschlagten Ausgaben von 1877 noch um 144,000 Mk. In Betreff des Extraordinariums wird die Klage erhoben, daß Ausgaben darin enthalten sind, welche immer wiederkehren, und es sei als Extraordinarium eigentlich zu knapp bemessen. Dies Extraordinarium übertrifft nun aber das im Etat von 1870 aufgestellte um 3 Millionen. Herr Hasselbach rief mehr Ersparnisse bei den Ausgaben zu machen. Niemandem ist solcher Rath willkommener, als mir. Doch Sie müssen bedenken, daß ich fast täglich bald mit den Ressortchefs, bald mit der Landesvertretung zu kämpfen habe, die von mir immer mehr begehren. Selbst Herr Hasselbach sprach heute eine neue Forderung aus; er sagte, man müsse den Kommunalen nicht zu viel zumuthen. Man muß sie doch also auf Kosten der Staatskasse erleichtern. Wir werden ferner auch in der Eisenbahnverwaltung Sparfamkeit eintreten lassen; auch kann ich meiner Hoffnung wohl Ausdruck geben, daß aus der Bahnverwaltung für 1876 ein Ueberschuß von 5 Mill. sich ergeben werde. Ich bitte Sie also, die Resultate der Finanzverwaltung nicht in einem zu schlechten Lichte anzusehen. Ich bleibe der Ueberszeugung, daß wir nicht allzuweit von dem Ueberschusse entfernt bleiben, den wir für 1877 aufgestellt haben. Doch wie sieht es mit den Mehreinnahmen aus? Nach dieser Richtung muß ich Ihnen gestehen, daß der Finanzminister sich seit der Reichsversammlung in einer wirklich unbequemen Lage befindet. Dem Reiche gegenüber hat er nur die Bedeutung eines Mitgliedes einer Regierung, wenn auch der des größten Staates. Er ist von den Beschlüssen des Reichstags mit abhängig, und wenn nun die Anträge auf Einnahme-Erhöhungen stets von solchen Seiten erfolgen, die mit dem Erlasse von Einnahme-Bewilligungen nichts zu thun haben, so ist mir dies ein schwacher Trost. Mir wäre es erwünscht, daß diese Herren Mitglieder des Reichstags wären (Heiterkeit) und dort die Steuern votirten. Welchen Bemühungen sich die Regierung im Vorjahre erfolglos unterzogen, ist bekannt, ebenso meiner Stellung den Matrifularbeiträgen gegenüber. Es entspräche meinen wärmsten Wünschen, wenn das Reich seine Finanzen auf eine solide Grundlage stellte, wenn es, anstatt mit der Erhöhung von Matrifularbeiträgen vorzugehen, mit einer mehr oder minder großen Ermäßigung vorgehe.

Nachdem dann auch Baron Senfft v. Pilsach sich über die so späte Einbringung des Etats beschwert, die eine gründliche Beratung ganz unmöglich mache, wird die Generaldiskussion geschlossen.

In der Spezialdiskussion fallen nur einige vereinzelte Aeußerungen.

Bei der Position der „Ausgaben für das deutsche Reich“ weist Graf Udo zu Stolberg von Neuem auf die Nothwendigkeit hin, allmählig die Matrifularbeiträge überhaupt zu beseitigen.

Bei dem Etat der „Geflügelverwaltung“ tritt Herr von Simpsen-Georgenburg für eine Erhöhung der Mittel für diesen Etat ein, erkennt allerdings aber auch an, daß diesem Gegenstande seitens der Verwaltung jetzt eine größere Aufmerksamkeit geschenkt werde.

Bei der Position der „Evangelischen Konsistorien“ weisen die Herren Baron Senfft v. Pilsach und v. Knebel-Doebereis auf das dringende Bedürfnis hin, die Bureaukosten den Superintendenten wieder zu erstatten.

Kultusminister Dr. Falk erwidert, daß er der Prüfung dieser Frage näher treten werde.

Bei der Position „Elementarschulen“ spricht Graf von Zieten-Schwerin den dringenden Wunsch aus, daß die Seminarien vermehrt, namentlich diejenigen mit internaten Einrichtungen besser gestellt werden müßten.

Nach einer Erklärung des Regierungs-Kommissars, Ministerialdirektors Greiff wird diese Frage beim Unterrichtsgesetze zum Austrage gebracht werden.

Bei dem „Extraordinarium für Flugregulirungen beklagt Fürst zu Carola-Deuthen die mangelhaften Oder-Regulirungen, und bedauert, daß so geringe Summen im Etat dafür angesetzt seien. Redner führt aus, wie die Oder, der Hauptwasserweg nach Schlesien wiederum dem Verkehre erschlossen werden müsse, gerade jetzt, um den Handel und Verkehr in und mit Schlesien wieder zu heben. Durch diesen Kommunikationsweg könne vielleicht die schlesische Kohle mit der englischen in Berlin, wenn nicht gar in Stettin konkurriren. Im Namen der nothleidenden Bevölkerung Schlesiens, seiner darniederliegenden Industrie, seiner hungernden Arbeiter richtet Redner an den Herrn Minister die Bitte, für den vaterländischen Strom mehr zu thun.

Handelsminister Dr. Achenbach: Neben der Oder stehen auch noch andere vaterländische Ströme und sie wünschen auch ihre Berücksichtigung. Durch das gestern gegebene Gesetz ist der Regierung indessen ja die Möglichkeit geboten, für Flugregulirungen Größeres aufzuwenden, als es ursprünglich beabsichtigt war. Wenn der geehrte Vorredner hervorhebt, daß im vorigen Jahre wenig oder Nichts geschehen sei, so kann ich konstatiren, daß fast die ganze Summe, die für die Oderregulirung im Etat ausgeworfen war, ausgegeben worden ist.

Hierauf werden die Anträge der Kommission sämtlich, desgleichen auch der Unter-Antrag des Grafen Udo zu Stolberg angenommen. Somit ist der Staatshaushaltsetat für 1877/78 definitiv festgestellt.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht der Kommission für den Staatshaushaltsetat über die Uebersicht von den Staatseinnahmen und Ausgaben des Jahres 1875.

Diese Uebersicht wird nach kurzem Referat des Grafen v. d. Schulenburg-Angern, dem Antrage der Kommission gemäß, für erledigt erklärt, respektive die nachgewiesenen Etatsüberschreitungen für das Jahr 1875 nachträglich genehmigt.

Hierauf wird der Bericht der Matrifular-Kommission ohne Diskussion ebenfalls für erledigt erklärt.

Vierte Nummer der Tagesordnung ist die einmalige Schlußberatung über den Gesetzentwurf, betreffend die Uebernahme einer Zinsgarantie des Staates für eine Prioritätsanleihe der Berlin-Dresdener Eisenbahngesellschaft bis zur Höhe von 22,940,000 Mk.

Referent Dr. C. Wanger beantragt, dem Entwurfe zuzustimmen. In der Motivirung seines Antrages führt Redner neue Gesichtspunkte nicht an. In Bezug auf die Konfliktfrage äußert er sich dahin, daß der Streit zwischen Sachsen und Preußen vom Bundesrathe werde entschieden werden müssen. In diesem Prozesse werde Preußen gestärkt werden, wenn das Herrenhaus den Beschlüssen des andern Hauses beitrete.

Auch Graf Udo zu Stolberg stimmt für Annahme des Vertrages. Finanzielle Opfer würden vom Staate sicher nicht gebracht. Herr v. Knebel-Doebereis bittet den Vertrag abzulehnen. Schon die unerquicklichen formalen Vorgänge im anderen Hause bewiesen zur Genüge, daß in der Sache etwas nicht klar sei.

Herr Dr. Dernburg tritt für Annahme des Vertrages ein und führt aus, daß sich gegen eine solche auch vom Rechtsstandpunkte aus nichts einwenden ließe. Preußen sei nach den Bestimmungen des Art. XIV. des Vertrages im Rechte. Ebenso spreche auch die Reichsverfassung, die die Souveränität der Einzelstaaten anerkenne, nicht gegen Preußen. Sondernfalls der Bundesrath befugt, den Konflikt zu entscheiden, durch den Störungen in den wirtschaftlichen Interessen hervorgerufen würden. Der sächsische Staat sei hier, indem er sich der Verständigung über den einseitigen Betrieb widersetzt, von seinem berechtigten Partikularismus zu einem unberechtigten übergegangen, der den ersten, dessen glänzende Verdienste jeder anerkenne, schädigen. Man müsse aber solchen unberechtigten Partikularismus nicht aufkommen lassen, sonst würden schließlich die allgemeinen Reichsgedanken stärker werden und mit dem unberechtigten auch den berechtigten Partikularismus fortreißen.

Nachdem sich Baron Senfft v. Pilsach und Graf von der Schulenburg-Beekendorf gegen die Vorlage ausgesprochen, namentlich in Rücksicht auf die schlechte finanzielle Lage des Staates und des Landes, tritt der Handelsminister Dr. Achenbach noch einmal in einem längeren Vortrage für die Vorlage ein. Zunächst führt er aus, wie vom finanziellen Standpunkte der Vertrag ganz unangreifbar sei. In Bezug auf den Differenzpunkt weist er darauf hin, daß es sich für Preußen darum handeln würde, wohl-erworbene Rechte aufzugeben. Auch die Regierung wünsche die freundliche Nachbarschaft fortzusetzen. Wenn indessen solche Differenzen von Auffassungen zwischen den beiden Staaten bestehen, so sei es doch der freundliche und zweckmäßigste Weg, daß man diejenige Instanz anrufe, die das Gesetz vorliegt. Falle nun die Entscheidung gegen Preußen aus, so werde man sich sofort und ohne Murren dieser Entscheidung unterwerfen.

Hierauf wird das Gesetz definitiv mit 62 gegen 25 Stimmen angenommen.

Hierauf wird der in einmaliger Schlußberatung stehende Gesetzentwurf, betreffend die Ausdehnung des Fischereigesetzes, ohne Diskussion nach kurzem Referat des Hrn v. Wedell angenommen.

6. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht der Petitionskommission über die Petition des Grafen Wilamowitz Möllendorf, betr. die Entziehung von Grundeigenthum zur Anlage von Sicherheitsstrecken bei Eisenbahnen.

Referent Dr. Baumstark empfiehlt den Antrag der Kommission, die Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Dieser Antrag wird angenommen.

7. Gegenstand ist die einmalige Schlußberatung über den 28. Bericht der Staatsschuldenkommission über die Verwaltung des Staatsschuldenwesens im Jahre 1875.

Referent Graf von der Schulenburg-Angern beantragt, der königlichen Hauptverwaltung der Staatsschulden den Decharge zu ertheilen. Auch dieser Antrag wird ohne Weiteres angenommen.

Schließlich liegt noch der mündliche Bericht der Petitionskommission über die Petition des Baron von Senfft vor, betreffend Herbeiführung gerechter Besteuerung der Börsenkäufe und sonstiger Börsengeschäfte.

Referent Herr Bitter befürwortet den Antrag der Kommission, diese Petition in Erwägung der Erheblichkeit des Gegenstandes der königlichen Regierung zu überweisen.

Graf v. d. Schulenburg-Beekendorf stellt den weitergebenden Antrag, diese Petition der Regierung mit dem Antrag zu überweisen, neben einer Besteuerung der Börsengeschäfte eine generelle Revision der Steuererlasse vorzunehmen, und bei der Reichsregierung auf eine solche hinzuwirken. Dieser Antrag wird hierauf abgelehnt, den der Kommissionsantrag angenommen.

Somit ist die Tagesordnung erledigt und nachdem eine Uebersicht der durch das Herrenhaus erledigten Arbeiten vorlesen, schließt der Präsident der Bericht mit den Worten: Wünschen wir, daß diese Arbeiten dem Lande den Nutzen bringen mögen, den die Regierung und wir selbst erwarten.

Baron Senfft v. Pilsach spricht hierauf, als ältestes Mitglied der Versammlung, dem Präsidenten den Dank der Versammlung für seine fleißige, sorgsame und unparteiische Leitung der Geschäfte aus. Hierauf schließt der Präsident, Herzog von Ratibor, nach einigen Worten des Dankes die Sitzung mit einem Hoch auf Se. Majestät den König von Preußen. Schluß 4½ Uhr.

36. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 2. März. Am Ministertische: Mehrere Regierungskommissare, später Landwirthschaftsminister Dr. Friedenthal.

Präsident v. Bennigsen eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen, alsdann tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand derselben ist: Verzeichnisse der Petitionen, welche von den betreffenden Kommissionen zur Erörterung im Plenum nicht geeignet sind. Derselbe wird geschäftsmäßig erledigt.

Es folgt der zweite Gegenstand der Tagesordnung: Mündliche Berichte der Budgetkommission über Petitionen.

Abg. Windthorst (Bielefeld) bittet zur Geschäftsordnung, die Petition des p. p. Wolters u. Gen., Kreis- und Amtsgerichtsekretäre in Bielefeld, dahin gehend: daß die Wittwenangelegenheiten in Preußen einer näheren Erörterung unterzogen, namentlich dahin gestrebt werde, die Hinterbliebenen verstorbener Beamten vor Mangel und Noth zu schützen, von der heutigen Tagesordnung abzulehnen, da diese Angelegenheit als Reichssache demnächst auch im Reichstage zur Sprache gebracht werden würde.

Zu der Petition des p. p. Hassel u. Gen., Subaltern- und Unterbeamte des Kreisgerichts Bielefeld, um Nachzahlung von Ortszulage für das Jahr 1872, empfiehlt die Budgetkommission, diese Petition der königlichen Staatsregierung zur Abhilfe zu überweisen.

Abgeordneter Kriesch als Referent der Budgetkommission begründet den Antrag derselben und bittet um dessen Annahme.

Regierungskommissar Geheimrath Ober-Justizrath Rindfleisch: Die königliche Staatsregierung sei nicht in der Lage, die betreffenden Gehalts-Erhöhungen für jetzt eintreten zu lassen. Der Etat sei jetzt schon abgeschlossen und es würde sich nicht empfehlen wegen eines Anspruchs, der doch keineswegs ein Rechtsanspruch sei, sondern lediglich auf Billigkeit zu rechnen habe, einen Nachtrag zum Etat eintreten zu lassen. Im Uebrigen aber werde die Sache am besten bei der neuen Justizorganisation zu regeln sein.

Abgeordneter Windthorst (Bielefeld) erwidert, daß man aus dem vom Herrn Regierungskommissar angeführten Rücksichten Beamte nicht leiden lassen solle, die sich so wie so seines bedeutenden Gehaltes erfreuten; er bitte, den Vorschlag der Budgetkommission anzunehmen.

Nach einer kurzen Replik des Regierungskommissars wird der Vorschlag der Budgetkommission genehmigt.

Es folgt die Petition verschiedener Kreisgerichtsekretäre und Subalternbeamten um Gleichstellung im Range und Gehalt mit den Sekretären bei Obergerichten resp. mit den Kreissekretären. Hierzu beantragt die Kommission: das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, diese Petition der königlichen Staatsregierung als Material für die Regelung der Rang- und Gehaltsverhältnisse der Gerichtsekretäre bei der bevorstehenden anderweiten Organisation der Gerichtsbehörden, zu überweisen.

Abgeordneter Pilet als Berichterstatter der Kommission empfiehlt die Annahme dieses Antrages. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Es folgt die Petition zweier Lehrwittwen wegen Nachzahlung von Staatszuschüssen, welche ihren verstorbenen Ehemännern nach den Etats pro 1872 und respektive pro 1873 zustanden.

Berichterstatter, Abgeordneter Dr. Weyersberg bittet Namens der Budgetkommission folgenden Antrag anzunehmen:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Petition der königlichen Staatsregierung aus Billigkeitsgründen zur Berücksichtigung mit der Maßgabe zu überweisen, daß ein entsprechender Betrag aus einem dazu geeigneten Fonds gedeckt werde.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Es folgt hierauf der mündliche Bericht der Budgetkommission über die Petition der Emdener Heringsfischerei-Aktiengesellschaft um Gewährung eines Darlehens oder Mittheilung bei der finanziellen Reform des Unternehmens.

Berichterstatter Abg. Dr. Birchow: Der Antrag der Budgetkommission erinnert daran, daß schon Friedrich der Große mit der ihm eigenen Energie diesen Plan erstrebt habe und bittet, folgenden Antrag der Budgetkommission anzunehmen: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die Petition der königlichen Staatsregierung mit der Aufforderung zu überweisen, für die Aufrechterhaltung und Förderung des darin gedachten Unternehmens in geeigneter Weise Sorge tragen, erforderlichen Falls aber im nächstjährigen Etat zu diesem Zwecke Mittel bereit stellen zu wollen.

Abgeordneter Hammer erklärt sich für den Antrag. Der Heringfang sei ein volksernährendes Gewerbe und er bitte, eine Gesellschaft zu unterstützen, welche von einer Aktiengesellschaft im schlimmen Sinne nur den Namen habe. (Bravo.)

Regierungskommissar Geheimrath Rath Starke bestreitet die gemeinnützige Bedeutung der Emdener Heringsfischerei-Gesellschaft. Der Gewinn dieser Gesellschaft sei bis jetzt im Ganzen 6000 Tomen Heringe gewesen. Eine Subventionirung der Gesellschaft würde uns also den Hering nicht um einen Schein billiger verschaffen. (Heiterkeit.) Die Vermögensverhältnisse der Gesellschaft seien auch ganz eigenthümlicher Art. Einer solchen Gesellschaft, die überhaupt nur mit einem Aktienkapital von 169,000 Mark begründet wurde, könne der Staat unmöglich 300,000 Mark vorstrecken.

Nach einer die Heiterkeit hervorruhenden persönlichen Bemerkung des Dr. Kollberg, der sich gegen die Darstellungen in der Presse über seine neuliche Rede über Heranlodung des Heringes an die deutsche Küste betreffend, verwahrt, indem er dieselben als nicht der Wahrheit entsprechend bezeichnet, nimmt noch einmal das Wort der

Berichterstatter Abgeordneter Dr. Birchow, um den Ausführungen des Regierungsvertreters entgegenzutreten. Die geforderte Summe würde schon ausreichen, um die Operationen der Gesellschaft zu unterstützen. Die Gesellschaft verpflichte sich dagegen, Alles zu thun, was der Staat wolle. Sie verlange nur diese nationale Unterstützung nicht fallen zu lassen.

Nach einer weiteren die Heiterkeit des Hauses erregenden persönlichen Bemerkung des Dr. Kollberg, abermals seine fürsich gebaltene Heringrede betreffend, die aber als „sachlich“ unterbrochen wird, wird der Antrag der Budgetkommission mit großer Majorität angenommen.

Es folgt der fünfte Gegenstand der Tagesordnung: Zweiter Bericht der Kommission für Petitionen.

Eine Anzahl im Staatseisenbahndienste stehender Zivilsupernumerare, Jaensch und Genossen, hat nimmehr zum dritten Male dem Hause der Abgeordneten eine Petition eingereicht, in welcher gegenüber den ihre Anstellungsverhältnisse regelnden Erlassen des Herrn Handelsministers vom 12. Dezember 1874 beziehungsweise vom 10. Juni 1875 Abhilfe verlangt wird.

Hierzu beantragt die Kommission: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Petition der königlichen Staatsregierung dahin zur Berücksichtigung zu überweisen, daß die vor dem Erlaß vom 12. Dezember 1874 in den Staatseisenbahndienst eingetretenen Zivil-Supernumerare alternirend mit den Militairanwärtern zur Anstellung gelangen.

Abg. Frhr. v. Heeremann bespricht die an und für sich missliche Lage der Zivil-Supernumerare und bittet dringend, dem Antrage der Kommission zuzustimmen.

Regierungskommissar Geheimrath Rath Kapp und spricht sich aus praktischen Bedenken gegen den Kommissionsantrag aus und bittet, über die Beschwerde zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Pilet als Berichterstatter der Kommission hebt dagegen hervor, daß den Ansprüchen der Petenten eine Anerkennung grundsätzlich nicht verweigert werden dürfe. Redner bittet, dem Antrage der Kommission unter allen Umständen zuzustimmen.

Hierauf wird der Kommissionsantrag mit großer Majorität angenommen.

Es folgt die Petition des Ausschusses des mit Korporationsrechten ausgestatteten Verbandes deutscher Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften, vertreten durch seinen Vorsitzenden, den Justizrath Pesse in Berlin, welche beantragt, die Beseitigung der Präventivkontrolle auf dem Gebiete des Feuerversicherungswezens und dem

Berlin, 2. März Wind: N. Barometer: 28,8. — Thermometer — 4° R. Witterung: Sehr schön.

Weizen loto per 1000 Kilogr. M. 195—235 nach Qual. gef.
per diesen Monat —, per April-Mai 226,5 bez., per Mai-Juni 226,00
bis 226,5—226,00 bez., per Juni-Juli 226,00—226,5 bez. — Roggen
loto per 1000 Kilogr. 153—183 nach Qualität gef., russischer 161—163
ab Boden bez., neuer do. 154—163, do. poln. —, inländischer 176—183
ab Bahn bez., defekter — do., per diesen Monat 162,5 bez., per April-
Mai do. bez., per Mai-Juni 160,00—161,00—160,5 bez., per Juni-Juli
159,5—160,00—159,5 bez. — Gerste loto per 1000 Kilogr. M. 120 bis
183 nach Qualität gef. — Hafer loto per 1000 Kilogr. 120—168 nach
Qual. gef., ost- u. westpreussiger 135—155, russischer 125—150, neuer
pommerscher 160—165, neuer schles. 153—163, galizischer —, böhm.
158—163, ungar. 140—143, defekter —, per diesen Monat —, per
April-Mai —, per Mai-Juni —, per Juni-Juli —, per Juli-August —.
— Erbsen per 1000 Kilgr. Rohwaare 151—186 nach Qual., Futter-
waare 135—150 nach Qual. — Raps per 1000 Kilogr. —.
— Rübsen —. — Leinöl loto per 100 Kilo 100 Kilogramm ohne Faß
60,00 M. — Rübsöl loto per 100 Kilogr. loto ohne Faß 71,00 bez., mit
Faß per diesen Monat 71,5 bez., per März-April 71,00 bez., per April-
Mai do., per Mai-Juni 70,2—70,3 bez., per Juni-Juli —, per Sept-
Oktbr. 67,2—67,4—67,3 bez., per Oktober-November — bez. — Be-
zroleum (caff.) (Stand. white) per 100 Kilogr. mit Faß loto 32,00
bez., per diesen Monat 27,5—28,00 bez., per Februar-März 28,00 bez.,
per März-April 27,5 bez. u. Br., per April-Mai —, per September-
Oktober 30,00 bez. — Spiritus per 100 Liter a 100 pCt. = 10,00
pCt. loto ohne Faß 53,9 bez., loto mit Faß —, per diesen Monat
55,2 nom., per März-April do., per April-Mai 55,7—56,1 bez., per
Mai-Juni 56,00—56,4 bez., per Juni-Juli 57,00—57,4 bez., per Juni-
August 58,00—58,4bez., per August-September 58,5—59,00 bez. —

Berlin, 2. März. Die fremden Plätze hatten etwas festere Haltung gefandt; doch wurden Napoleons heute morgen aus Wien höher gemeldet. Ebenso traten den friedlichen Meldungen aus Konstantinopel weniger günstige aus Petersburg entgegen, sodast die vorliegenden neuen Nachrichten nur für abwartende Haltung Begründung boten. Es fehlte mithin an Anregung, da auch die schwebenden Engagements der Tendenz keine bestimmte Richtung zu geben im Stande waren. Spielpapiere lagen im Allgemeinen fest; Kreditaktien wenig verändert, Franzosen höher vielleicht auf Deckungen für Pariser Rechnung. Doch blieb auch in diesen Papieren der Verkehr an Werth

Berlin, den 2. März 1877.
Preussische Fonds und Geld.

Curre.		
Genfsl. Anleihe	4½	104,10 B
do. neue 1876	4	95,50 B
Öst. a. Anleihe	4	95,70 B
Staats-Schuld.	3½	92,25 B
Russ. u. Am. Sch.	3½	92,00 B
Öst.-Ung. Obl.	4½	101,00 B
Verf. Stadt-Obl.	4½	102,20 B
do.	3½	93,00 G
Öst. Stadt-Anl.	4½	
Rheinprov. do.	4½	101,40 B
Schuld. d. B. Rfm.	4½	101,00 G
Pfandbriefe:		
Berliner	4½	102,00 B
do.	5	106,75 B
Brandsh. Central	4	95,40 B
do. u. Neumark.	3½	84,90 B
do. neue	3½	84,00 B
do.	4	94,50 B
do. neue	4½	102,50 G
Brandsh. Cred.	4	
Preussische	3½	84,00 G
do.	4	95,50 B
do.	4½	101,75 B
ommersche	3½	82,90 B
do.	4	94,25 B
do.	4½	101,70 B
osensche, neue	4	94,40 B
Sächsische	4	95,00 B
Schlesische	3½	
do. alt: A. u. C.	4	96,00 B
do. neue A. u. C.	4	
Preuss. u. itersche	3½	82,75 B
do.	4	93,50 B
do.	4½	101,00 B
do. II. Serie	5	107,40 G
do. neue	4	
do.	4½	101,00 B
Pfandbriefe:		
do. u. Neumark.	4	95,50 B
ommersche	4	95,50 B
osensche	4	95,40 B
Preussische	4	95,30 B
Rhein- u. Westfäl.	4	98,00 B
Sächsische	4	95,75 B
Schlesische	4	96,00 B
auswärtigen		20,37 G
apolondor		16,26 B
do. 500 Gr.		
Dollars		4,185 B
Imperial		
do. 500 Gr.		1396,50 B
fremde Banknot.		
do. einlösb. Leipz.		81,40 B
amst. Banknot.		164,60 B
esterl. Banknot.		188,00 B
Silbergulden		252,90 B
ust. Noten		

Deutsche Fonds.			
Präm. a 100 fl.	3 1/2		
Präm. a 40 fl.	4		
Präm. a 67 1/4	4		
5 fl. Obligat.	4		
Präm. a 100 fl.	4		
10 fl. a 100 fl.	4 1/2		
Präm. a 100 fl.	3 1/2		
St. Präm. a 100 fl.	3 1/2		
Präm. a 100 fl.	5		
II. St. a 100 fl.	3		
Präm. a 100 fl.	3 1/2		
Präm. a 100 fl.	3 1/2		
Eisenb. a 100 fl.	4		
Eisenb. a 100 fl.	4		
Eisenb. a 100 fl.	5	102,50	h ₃ ⑥
do. do.	4 1/2	96,60	h ₃
do. do.	5	101,00	h ₃ ⑥
do. do.	4 1/2	95,75	h ₃ ⑥
do. do.	5	100,60	h ₃
do. do.	4 1/2	101,00	h ₃ ⑥
do. do.	5	101,00	h ₃ ⑥
do. do.	5	105,50	h ₃
do. do.	5	101,75	h ₃

1890

Mais per 1000 Kilo loco neuer 126—133 nach Qual. gef., after
 133—138 nach Qual. gef., neuer ungarischer —, neuer Weib. 127,5
 bis 128, defekter do. 115—125 ab Bahn bezahlt — Roggenmehl
 Nr. 0. und 1. per 100 Kilogramm Brutto inkl. Sack per diesen Monat
 23,15 bez., per März-April 23,00 bez., per April-Mai 22,90 bez., per
 Mai-Juni do., per Juni-Juli do., per August-Sept. — Wehl.
 Nr. 0. 29,00—27,00, Nr. 0. und 1. 27,00—26,50, Roggenmehl Nr. 0.
 26,00—24,00, Nr. 0. und 1. 23,50—22,50 per 100 Kil. Brutto inkl.
 Sack. (B. u. S. Stg.

Stettin, 2. März. An der Börse. (Amtlicher Bericht).
Wetter: Schön. + 1 Grad R. Nachts - 7 Grad R. Barom.
28, 7. Wind: Nord-Nord-Ost.

Weizen fest und höher, per 1000 Kilo loco gelber 176—209 M., feiner 211—220 M., per Frühjahr 221—222—221,5 M. bz., per Mai-Juni 224 M. bez., per Juni-Juli 226—226,5 M. bez., per Juli-August 228—228,5 M. bez., per September-Oktober 224—225 M. bz. — Roggen fest, per 1000 Kilo landüblicher 180—184 M., russischer alter 155—158 M., neuer 158—162 M., per Frühjahr 156,5 bis 157,5—157 M. bez., per Mai-Juni 156—156,5 M. bez., per Juni-Juli 150 M. bez. — Gerste geschäftslos, per 1000 Kilo loco Malz- 158—168 M., Futter- 125 bis 135 M. — Safer fest, per 1000 Kilo loco 131—159 M., per Frühjahr 153 M. Gd., per Mai-Juni 155 M. Gd. — Erbsen still, per 1000 Kilo loco Futter- 140 bis 146 M., Koch- 149—153 M., per Frühjahr Futter- 145 M. Gd., 146 M. Br. — Wintererbsen fest, per 1000 Kilo per Septbr.-Oktober 301—302 M. bez. — Rübsl gut behauptet, per 100 Kilo loco ohne Faß flüssiges 72 M. Br., per März-April 70 M. Br., per April-Mai 70 M. bez., per Mai 71 M. bez., per September-Oktober 66,25 M. bez. — Spiritus rubig, per 10,000 Liter Proz. loco ohne Faß 53,4 M. bz., per Frühjahr 54,6—54,7 M. bez., per Mai-Juni 55,6 M. Br. und Gd., per Juni-Juli 56,6 M. Br. und Gd., per Juli-August 57,4 M. bez., per Aug.-Sept. 58 M. Gd. — Angemeldet: Nichts. — Regulirungs-

geringfügig. Fremde Renten, auch russische Anleihen stellten sich Kleinsten nie. Auch auswärtige Prioritäten lagen wenig fest, namentlich österr.-ungar. angeboten. Laurahütte und Diskonto-Kommandit-Antheile sehr still. Eisenbahnaktien erlitten sich einiger Beachtung, auch Rheinisch-Westfälische fest. Besonders beliebt erschienen leichtere Papiere. Berlin-Dresden, Hannover-Altenbekener und Märkisch-Polener Stammaktien und Stamm-Prioritäten standen an der Spitze. Banken und Industriepapiere waren ruhig; nur Zentralbank für Industrie abermals wesentlich höher begehrt. Anlagewerthe waren heute wenig beachtet; deutsche Staatsanleihen und Eisenbahn-

Centralf. f. Bauten	12 00	⊗	Obnig B.-W. Ldt. B.	4	19 75	⊗
Centralf. f. Ind.-u. B.	75 00	b ₂ ⊗	Redenhütte	4	3 10	⊗
Centr.-Genossenf. B.	95 50	fr.	Rhein.-Raff. Bergwerk	4	86 00	b ₂
Chemniger Bank-B.	77 25	⊗	Rhein.-Westf. Ind.	4		
Essenburger Credit-B.	71 25	⊗	Stobwasser Kampen	4	31 75	⊗
Frankf. Wechselbank	74 00	B	Union-Eisenwerk	4	3 00	B
Hanniger Bank	65 00	fr.	Unter den Linden	4	18 50	b ₂ ⊗
Hanniger Privatbank	118 00	B	Wäsemann Bau-B.	fr.	50 50	b ₂ ⊗
Hannstädter Bank	97 75	b ₂	Westend (Nulfsky)	fr.	2 00	b ₂ ⊗
Hann. Zettelbank	96 60	b ₂ ⊗	Wiessner Bergwerk	4	13 00	⊗
Hannover Creditbank	70 00	⊗	Wüstf. Bergwerk	4	11 00	B

de. Landesban ¹	4	116,75	b ₃	
Deutsche Ban ¹	4	85,30	b ₃	(5)

do. Genossenschaft.	93,00	b ₃	B	Wagen-Markt	4	21,40	b ₃	B
do. Hyp.-Bank	92,80	b ₃		Altona-Kiel	4	121,75	b ₃	
do. Reichsbank	156,80	b ₃		Bergisch-Märkische	4	76,60	b ₃	
do. Unionbank	fr. 89,30	b ₃		Berlin-Anhalt	4	98,50	b ₃	⊗
Disconto-Comm.	105,10	b ₃		Berlin-Dresden	5	21,75	b ₃	
do. Prov.-Discont				Berlin-Görlitz	4	13,90	b ₃	⊗
Gerard Bank	73,50	⊗		Berlin-Hamburg	4	168,40	b ₃	
do. Creditbank	53,25	b ₃	⊗	Berliner Nordbahn	fr.			
Gew.-B. G. Schuster	4,00	⊗		Brl. Potsd.-Magdeb.	4	77,80	b ₃	⊗
Hofbaer Privatbank	86,00	b ₃	⊗	Berlin-Stettin	4	118,25	b ₃	
do. Brandereditbl.	102,00	⊗		Bresl. Schw.-Freibg.	4	69,00	b ₃	
Hypothek. (Hübner)	112,00	b ₃		Coln-Minden	4	96,10	b ₃	
Königsb. Vereinsbank	82,75	⊗		do. Litt. B.	5			
Leipziger Creditbank	109,50	B		Halle-Sozan-Sachsen	4	14,00	b ₃	⊗
do. Discontobank	65,00	⊗		Hann.-Altenbeken	4	13,50	b ₃	⊗
do. Vereinsbank	92,50	B ₃		do. II. Serie	4			
do. Wechselbank	62,75	⊗		Märkisch-Posen	4	19,60	b ₃	⊗
Magdeb. Privatbank	106,50	b ₃		Magd.-Halberstadt	4	103,50	b ₃	⊗
Mecklenb. Bodencredit	81,00	b ₃	⊗	Magdeburg-Leipzig	4			
do. Hypoth.-Bank	73,00	⊗		do. do. Litt. B.	4			
Meininger Creditbank	73,25	⊗		Münster-Hamm	4	97,75	B	
do. Hypothekenbl.	95,50	⊗		Niederschles.-Märkisch	4	96,25	⊗	
Niederlausitzer Bank	88,25	⊗		Nordhausen-Erfurt	4	25,25	b ₃	⊗
Norddeutsche Bank	130,50	⊗		Oberhsl. Litt. A. u. O.	2 $\frac{1}{2}$	123,10	b ₃	
Nordb. Grundcredit.	96,90	b ₃		do. Litt. B.	3 $\frac{1}{2}$	116,00	b ₃	
Oesterr. Credit				do. Litt. E.	5			
do. Deutsche Bank	fr. 95,00	⊗		Ostpreuss. Südbahn	fr.	23,40	b ₃	
Ostdeutsche Bank				Pomm. Centralbahn	4			
Posener Spiritation.	41,25	b ₃		Rechte Ober-Moselbahn	4	100,25	b ₃	B
Petersb. Discontobank	92,00	B		Rheinische	4	105,90	b ₃	
do. Intern. Bank	91,00	⊗		do. Litt. B. u. St. gar.	4	92,60	b ₃	B
Posen. Landwirthsch.	65	⊗		Rhein-Magdeburg	4	11,20	b ₃	
Posener Prov.-Bank	102,75	b ₃	⊗	Saxargand-Posen	4 $\frac{1}{2}$	101,00	b ₃	⊗
Preuss. Bank-Anth.				Thüringische	4	121,30	b ₃	⊗
do. Bodencredit	96,90	b ₃	B	do. Litt. B. u. St. gar.	4	90,50	⊗	
do. Centralboden.	116,50	⊗		do. Litt. O. u. St. gar.	4 $\frac{1}{2}$	109,10	b ₃	⊗
do. Hyp. Spielb.	123,90	⊗		Reimar-Geraer	4 $\frac{1}{2}$	49,00	B	
Product.-Handelsbank	79,25	⊗						
Pravins.-Gewerbebl.	42,00	⊗		Albrechtsbahn	5	15,10	⊗	
Püttcher. Privatbank	126,90	⊗		Amsterdam-Rotterd.	4	113,25	b ₃	
Sächsisch. Bank	111,25	⊗		Ausgl.-Leipz.	4	117,00	b ₃	⊗
do. Bankverein				Baltische	3			
do. Creditbank	97,50	b ₃	⊗	Böhm. Westbahn	4	70,30	b ₃	
Schaffhausen. Bankv.	6,10	b ₃	⊗	Bresl.-Grazewo	4	17,50	b ₃	
Schles. Bankverein	86,50	⊗		Bresl.-Kiew	4			
Schles. Vereinsbank	92,00	⊗		Dux-Bodenbach	4	4,70	b ₃	⊗
Südd. Bodencredit	169,75	⊗		Elisabeths-Westbahn	4	54,80	b ₃	b ₃
Thüringische Bank	69,50	b ₃		Kaiser Franz Joseph	5	48,80	b ₃	
Vereinsbank Nürnb.	1,10	b ₃	⊗					

Industrie-Actien.	Salz. (Karl-Ludwig)	87,20	b3
	Gotthard-Bahn	45,60	⊕
	Reichen-Steinh.	35,10	b3

annerei Pagenhofer	4	97,00	⊗	Kalkgraben-Verberg	4	55,10	h
annsb. Rattun	4	25,00	⊗	Ludwigsh. Verbach	4	177,90	h
eutsche Pauge.	4	58,00	h	Lüttich-Limbach	4	17,30	h
eutsche Eiseu.-Bau.	4	8,73	h	Mainz-Ludwigshafen	4	93,75	h
sch. Stahl-u. Eiseu.	4		⊗	Oberhess. u. St. gar.	fr	78,75	⊗
inneresmarkthütte	4	19,00	B	Defstr. frz. Staatsbahn	4		
rimunder Union	4	5,25	h	do. Nordwestbahn	5	182,50	h
ell'sche Masch. & Act.	4	13,00	h	do. Litt. B.	5	54,00	h
dmannsd. Spinn.	4	18,00	h	Reichenb. Wardenbüg	4	44,60	⊗
ora f. Charlottenb.	4			Kronpr. Rudolfsbahn	4	44,70	h
st u. Rogu. Nähm.	4	33,50	B	Kiasl-Wyas	5		
lfentrich. Bergw.	4	81,00	h	Rumänier	4	12,40	h
org-Marienhütte	4	59,50	B	Russische Staatsbahn	5	106,25	h
ernia u. Spamr.	4	29,00	h	Schweizer Unionbahn	4	8,00	⊗
imobilien (Berl.)	4	74,00	B	Schweizer Westbahn	4	21,30	h
amka, Seinen-F.	4	67,00	B	Südsferr. (Bomb.)	4		
achhammer	4	23,00	⊗	Luna-u-Prag	4	37,50	⊗
urabhütte	4	65,25	h	Bozarthberger	5	38,25	h
se-Tiefbau-Bergw.	4	14,75	h	Warschau-Wien	4	180,00	h
agdeburg. Bergw.	4	102,00	h				
nd. Spiritfabrik	4	25,25	⊗	Eisenbahn-Stammprioritäten			
rienhütte Bergw.	4	68,00	⊗	Altenburg-Beig	5		
affener Bergwerk	4	6,00	h	Berlin-Dresden	5	45,00	h
enden u. Schw. B.	4	48,50	⊗	Berlin-Cherlitz	5	41,24	h
erichles. Eis.-Bed.	4	25,30	h	Berliner Nordbahn	fr.		
end	4			Breslau-Warschau	5	17,00	⊗
enig B.-u. Lit. A.	4	32,00	⊗	Chem.-Neudorf	fr.	21,90	h

und Verlag von W. Deder und Comp. (E. Köffel) in Bosen.

preis für Kündigungen: Küßöl 70 M. — Petroleum unverändert
loso 15 M. bez., Regulirungspreis 15 M., per Septbr. & October — M.
(Off.-Btg.)

Breslau. 2. März. (Amtlicher Productenbörse.) — Getreide.
 Kleesaat rotke fest, ord. 45-52, mittel 55-63, fein 66 bis 73.
 hochf. 76-79. — Kleesaat weiße flau, ord. 40-50, mittel 55 60
 fein Mai bis 68, hochf. 72-78. — Roggen (2000 Vst.) geschäftlos.
 Get. — Etr. — Abgel. Kündigungssch. — per März u. März
 April 152,50 Br., per April-Mai 156,50 Br., per Mai-Juni 159
 Br., per Juni-Juli —. — Weizen 196 Br., per April-Mai 209
 Br., per Mai-Juni —, per Juni-Juli —. Gefündigt — Centner.
 — Hafer 132 Br., per April-Mai 136 bez. u. Br., per Mai-Juni
 140 bez. u. Br. Gefündigt — Centner. — Raps 320 Br., März u.
 Etr. — Rübsl höher Gefündigt — Etr. 170 71,50 Br., März u.
 März-April 71 Br., April-Mai 70 Br., per Mai-Juni 71,00 Br.,
 Sept.-Okt. 66 Br., 65,50 Gd. — Spiritus geschäftl. Get. — Piter,
 51,70 Br., 50,70 Gd., per März 53,20 Gd., per März-April —, per
 April-Mai 53,70 Br., Mai-Juni 54 Gd., per Juni-Juli —, per Juli-
 August 56 Br. u. Gd. Zink: Goshallmarke per Kasse 19,80 bez.
 (B. u. S. V.)

Die Börsen-Kommission.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.					
Datum.	Stunde.	Barometer 260 Zoll der Höhe.	Therm.	Wind.	Wolkentorm.
2. März	Nachm. 2	28" 1" 90	— 15	NB	2 trübe Ni.
"	Abnds. 10	28" 2" 86	— 63	N	2 heiter St.
3. "	Morgs. 6	28" 3" 08	— 71	SW	1 heiter St.

Wasserstand der Warthe.
 Posen, am 1. März. Mittags 276 Metes. (Grundeis.)

2. = 2,71 =

Prioritäten fest; Pfandbriefe ruhig; Loosseffekten in einiger Frage. Per
Gold flüssig. Der Verkehr blieb bis zum Schluß schleppend
Ultimo notiren wir: Franzosen 374,50—6—375, Lombarden 123—
129,50, Kredit-Aktien 245,50—6—5,50, Zaurahütte 65,50—65, Disconto-
Kommandit-Antheile 104,75—5—104,75. Schultheiß gewann 1, Essener
Kredit 1,10, Weininger Bank 1, Halberstädter 2, Stettiner $\frac{3}{4}$, Rot-
damer 0,30, Handels-Gesellschaft je $\frac{3}{4}$ und $\frac{5}{8}$ Prozent, Dessauer Gas-
gesellschaft verlor 1, Lübecker Kommerzbank 2, Weimariische Bank 1,
Anhalter $\frac{1}{2}$. Der Schluß blieb fest. — Kreisobligationen 5 pro-
102, $4\frac{1}{2}$ proz. 99,75 4 proz 93,25 G.

Orts-Bezeichnung	Strecke	Preis	Orts-Bezeichnung	Strecke	Preis
Gerajda-Kempen	3	18,10 bz	Ober-Schleffke	B. 3	3
Gera-Plauen	5	do.		C	4
Halle-Gera-Guben	5	35,50 bz		D	4
Hannover-Mittenbel.	5	33,75 bz		E	3
do. II. Serie	5	do.		F	4
Leipzig-Gaschw.-Ms.	5	do.		G	4
Märktisch-Posen	5	70,75 bz		H	4
Magdeb.-Halberst. B.	3	69,00 bz			
do. do	C	94,75 bz			
Münster-Einsiedel	5	do.			
Nordhausen-Erfurt	5	35,10			
Oberlausitzer	5	30,00 bz			
Ostpreuss.-Südbahn	5	73,50 bz			
Rechtel-Dernfur-Bahn	5	107,00 bz			
Rheinische	4				
Romanische	3	56,50 bz			
Saalbahn	5	do.			
Saals.-Unfrutbahn	5	9,90 bz			
Tilsit-Insterburg	5	64,25 bz			
Weimar-Gera	5	21,00 bz			

Eisenbahn - Prioritäts.	Rechts-Ober-Flur Rheinische	5 4	101,30
-------------------------	--------------------------------	--------	--------

Obligationen.			
Aach. Markrecht	4 1/2	90,70	B
do. do.	II 5		
do. do.	III 5	96,00	B
Berg. Märkische	I 4 1/2		
do. do.	II 4 1/2		
do. III. v. St. g.	3 1/2	85,75	b 1
do. do. Litt. B.	3 1/2	85,75	b 2
do. do. Litt. C.	3 1/2	77,75	b 3
do. do.	IV 1/2	99,00	⊕
do. do.	V 1/2	99,00	⊕
do. do.	VI 1/2	99,00	b 3
do. do.	VII 1/2	103,90	b 3
do. do. v. St. gar.	3 1/2	100,00	b 3
do. von 1858,	60 1/2	100,00	b 3
do. von 1862,	64 1/2	100,00	b 3
do. v. 1865	4 1/2	100,00	b 3
do. 1869, 71,	73 5	103,50	B
do. v. 1874	5	103,60	B
Rh. Nahe. v. St. g.	4 1/2	102,00	B
do. II. do.	4 1/2	102,00	B
Schlesw. Holstein.	4 1/2	100,00	b 3
Thüringer	I 4	96,25	⊕
do. II.	4 1/2		
do. III.	4 1/2	96,25	⊕
do. IV.	4 1/2		
do. V.	4 1/2		

Wachen-Duffeldorf	L 4	91,00	⊗
do. do.	II. 4	91,00	⊗

Ausländische Prioritäten.

do. do. III.	4	do. Diff. Elb. Pr.	5	64,00	th
do. do. II.	4	do. do. II.	5	82,50	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	80,50	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	79,00	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	78,25	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	62,60	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	62,20	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	54,30	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	49,25	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	103,90	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	315,00	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	297,00	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	93,60	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	93,40	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	78,25	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	57,70	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	60,90	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	59,25	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	58,70	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	67,50	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	64,30	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	33,30	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	34,50	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	76,60	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	80,00	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	55,25	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	85,00	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	78,50	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	84,00	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	85,00	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	74,00	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	85,00	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	74,00	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	89,75	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	73,75	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	97,10	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	86,49	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	84,75	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	86,25	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	87,50	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	95,50	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	89,50	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	82,90	th
do. do. I.	4	do. do. I.	5	77,00	th
